

Öffentliche Sitzung
des Bau- und Umweltausschusses/Betriebsausschusses für Stadtentwässerung
am Mittwoch, den 19.10.2022
im großen Sitzungssaal des Rathauses

Beginn: 16:05 Uhr

Ende: 19:20 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Oberbürgermeister Richard Arnold

stellv. Vorsitzender

Herr Erster Bürgermeister Christian Baron

Herr Bürgermeister Julius Mihm

CDU

Herr Stadtrat Martin Bläse

Herr Stadtrat Helmut Geiger

Herr Stadtrat Thomas Kaiser

Herr Stadtrat Christof Preiß

Frau Stadträtin Dr. Birgit Stahl

Frau Stadträtin Brigitte Weiß

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Stadträtin Barbara Bijok

Herr Stadtrat Karl Miller

Herr Stadtrat Karl-Andreas Tickert

SPD

Herr Stadtrat Tim-Luka Schwab

Herr Stadtrat Johannes Zengerle

Die Linke

Herr Stadtrat Dr. Andreas Benk

Freie Wähler Frauen Schwäbisch Gmünd

Frau Stadträtin Karin Rauscher

Die Bürgerliste Schwäbisch Gmünd

Herr Stadtrat Ullrich Lothar Dombrowski

FDP/FW

Herr Stadtrat Dr. Peter Vatheuer

Verwaltung

Herr René Bantel

Schriftführerin

Frau Melanie Bihlmaier

Verwaltung

Herr Helmuth Caesar

Herr Gerhard Hackner

Herr Gerd Hägele

Herr Markus Herrmann

Herr Helmut Ott

Frau Birgit Pedoth

Frau Franka Zaneck

Abwesend:

Freie Wähler Frauen Schwäbisch Gmünd
Frau Stadträtin Dr. Constance Schwarzkopf-
Streit

Tagessordnung

=====

- 1** Neufassung der Geschäftsordnung für die Betriebsleitung des Eigenbetriebs "Stadtentwässerung Schwäbisch Gmünd"
- 2** Vorhabenbezogener Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften Nr. 132 G "Wohnen im Salvatorpark", Gemarkung Schwäbisch Gmünd im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB (Bebauungsplan der Innenentwicklung)
- Entwurfsbeschluss im beschleunigten Verfahren
- 2.1** Vorhabenbezogener Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften Nr. 132 G "Wohnen im Salvatorpark", Gemarkung Schwäbisch Gmünd im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB (Bebauungsplan der Innenentwicklung)
- Entwurfsbeschluss im beschleunigten Verfahren
- 3** Städtebauliche Sanierungsmaßnahme "Altstadtquartiere"
hier: Beschluss zur Erweiterung des Sanierungsgebiets
- 4** Klösterleschule in Schwäbisch Gmünd
Vergabe von Rohbauarbeiten
- 5** Verstetigung der Geschwindigkeitsbegrenzung im Stadtgebiet
Umsetzung des Geschwindigkeitskonzepts für die Innenstadt
Bezug Gemeinderatsdrucksache Nr. 020/2022
- 6** Ausblick auf künftige Vorhaben
- 6.1** Becherlehenhof
- 7** Bekanntgaben
- 7.1** Umbenennung des Bau- und Umweltausschusses
- 8** Anfragen
- 8.1** Autonomes Fahren
- 8.2** Beschilderung

Oberbürgermeister Arnold begrüßt die Mitglieder, die Presse und die Gäste recht herzlich zur öffentlichen Sitzung.

Er stellt die Beschlussfähigkeit und die ordnungsgemäße Ladung fest.

Stadtrat Benk/DIE LINKE wünscht eine Vorberatung der Hauptsatzung, die auf der Tagesordnung des Gemeinderats am 26.10.2022 stehe, im Bau- und Umweltausschuss.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen weist auf den Änderungsantrag zum Geschwindigkeitskonzept hin.

**zu 1 Neufassung der Geschäftsordnung für die Betriebsleitung des
Eigenbetriebs "Stadtentwässerung Schwäbisch Gmünd"
Vorlage: 156/2022**

Protokoll:

Herr Bantel erläutert den Sachverhalt.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE erkundigt sich, warum es eine Verdopplung der Entscheidungskompetenz des Betriebsleiters gebe. Dieser könne nun über 120.000 Euro verfügen. Damit sei gegeben, dass Ausgaben in dieser Höhe nicht mehr durch den Gemeinderat gehen würden. Er fordert eine Begründung. Er erkundigt sich, ob durch die Änderung eine neue Stelle geschaffen werden würde.

Herr Bantel antwortet, dass es so wie bisher bleibe.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Neufassung der als Anlage 1 beigefügten Geschäftsordnung für die Betriebsleitung des Eigenbetriebs „Stadtentwässerung Schwäbisch Gmünd“ zu.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20
nachrichtlich an Amt:

zu 2 **Vorhabenbezogener Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften Nr. 132 G "Wohnen im Salvatorpark", Gemarkung Schwäbisch Gmünd im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB (Bebauungsplan der Innenentwicklung) - Entwurfsbeschluss im beschleunigten Verfahren**
Vorlage: 168/2022

Protokoll:

Siehe TOP 2.1

Auszug

zur weiteren Bearbeitung an Amt:

nachrichtlich an Amt: 60

zu 2.1 **Vorhabenbezogener Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften Nr. 132 G "Wohnen im Salvatorpark", Gemarkung Schwäbisch Gmünd im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB (Bebauungsplan der Innenentwicklung) - Entwurfsbeschluss im beschleunigten Verfahren**
Vorlage: 168/2022/1

Protokoll:

Oberbürgermeister Arnold führt die Streitpunkte aus, der Investor habe daher die Pläne nochmals angepasst.

Herr Hackner erläutert die geänderten Pläne (siehe Anlage). Der Satzungsbeschluss erfolge im Frühjahr, zuvor werde der Durchführungsvertrag erarbeitet.

Oberbürgermeister Arnold betont, dass das Läuten der Kirchenglocken ebenfalls im Durchführungsvertrag verankert werden müsse.

Stadtrat Bläse/CDU bedankt sich für die Einbringung des neuen Planes. Er reflektiert, ursprünglich seien zwei Gebäude geplant gewesen, nun seien es drei Gebäude. Man habe dem auch zugestimmt. Man wolle das Projekt nicht verhindern, wolle es aber konstruktiv begleiten. Es handle sich um einen sensiblen Platz, daher dürfe man sich keinen Fehler erlauben. Man müsse die Villa erneuern, den Park erhalten und Wohnraum schaffen. In dem Dreiklang könne man mitgehen. Festgelegt seien drei Hauptgebäude mit Tiefgarage sowie der Wegfall der Orangerie. Eine Änderung des Baufensters sei noch notwendig. Auf dem gesamten Grundstück müsse ansonsten Bauverbot gelten. Er erläutert die aus Sicht der Fraktion wichtigen Punkte für den Durchführungsvertrag: Der Park müsse dauerhaft erhalten bleiben, die Pflege und den Unterhalt müsse dem Eigentümer unterliegen. Noch zu regeln sei die temporäre Nutzung bzw. Veranstaltungen mit öffentlichem Zugang. 15 Prozent bezahlbarer Wohnraum müssten festgeschrieben werden. Eine Dachbegrünung reiche nicht aus, die technischen Aufbauten müssten vermieden werden. Wenn dies nicht möglich sei,

müsse dies entsprechend verkleidet werden. Es wäre gut, wenn keine PV-Anlage auf dem Dach sei aufgrund des Blickes von oben. Die Kaltluftströme müssten nochmals genau betrachtet werden. Wenn alles in Ordnung sei, könne das Gebäude so kommen. Ansonsten müsse man schauen, ob man nochmals etwas umändere. Man wünsche sich einen möglichst erhöhten Energiestandard, man wolle dem Bauherrn aber nicht alles vorschreiben, da es noch bezahlbar sein müsse. 56 Pkw- und 50 Fahrradstellplätze müssten ebenfalls festgehalten werden, die Durchführungsfristen seien ebenfalls festzulegen. Man wolle keinen Druck ausüben, wolle aber, dass man das Ziel vor Augen habe.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass es auch im Interesse der Verwaltung und des Investors sei, es so schnell wie möglich umzusetzen.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass Oberbürgermeister Arnold trotz des beschleunigten Verfahrens zugesichert habe, einen Umweltbericht und eine Eingriffsausgleichbilanzierung zu machen, es sei wichtig, dass dies im weiteren Verfahren noch erfolge. Die Fraktion sei mit drei Gebäuden einverstanden gewesen, man wolle das Vorhaben nicht verhindern. Die frühzeitige Beteiligung der Fraktionen und der Öffentlichkeit seitens des Investors sei sehr positiv, auch die Vorlegung des Baumgutachtens. Kritisch sei das Teehaus. Man habe immer gesagt, dass man es sich grundsätzlich vorstellen könne, wenn über das Teehaus eine größere Öffentlichkeit stattfinden könne, auch wenn eine weitere Beeinträchtigung der Bäume damit einhergehen würde. An der Frischluftzufuhr habe man aufgrund der Gebäudehöhe mit den sehr hohen Zwischenbauten deutliche Zweifel. Ein Standard von KfW55, evtl. KfW40 sei damals zugesichert worden, ab nächstes Jahr sei KfW40 vorgeschrieben. Klimaneutralität heiße aber, dass man entsprechende Baumaterialien einsetze. Es gebe entsprechende Rechnungen, dass sich dies amortisiere. Klimaneutralität müsse bezahlbar sein. Man habe einvernehmlich eine Klimaneutralität bis 2035 festgelegt, wenn man jetzt nicht klimaneutral baue, wann solle dies nachgerüstet werden? Die Entwürfe von Weleda und des TSB-Areals seien klimaneutral, der Investor solle sich diese anschauen. Zusammenfassend äußert er, dass er mit dem derzeitigen Entwurf eine Zustimmung der Fraktion nicht in Aussicht stellen könne. Man werde der Weiterentwicklung gespannt entgegensehen.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man dann wieder zurückfalle.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass die Klimaneutralität ein gewichtiger Punkt sei.

Oberbürgermeister Arnold äußert, dass der Punkt diskutiert worden sei, die Klimaneutralität hänge nicht nur mit den Baustoffen zusammen, sondern umfasse z. B. auch die Heizung.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen macht auf das Qualitätssiegel „Nachhaltige Gebäude“ aufmerksam.

Oberbürgermeister Arnold führt aus, dass man von übergeordneten Bedingungen abhängig sei, wenn man die Klimaneutralität vorschreibe.

Stadtrat Zengerle/SPD äußert, dass man jahrelang das Thema behandelt habe. Man

solle nun einen Knopf daran machen. Er schlägt als Kompromiss vor, dass auf dem Dach nicht alles Grün sein müsse und die PV-Anlage vor dem mittleren Gebäude angebracht werde, somit sei die Anlage von oben nicht sichtbar. Man sei sich nicht ganz einig in der Fraktion, grundsätzlich stimme man zu, wenn die bereits angesprochenen Dinge berücksichtigt werden.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE äußert, dass es eine komplexe Gemengelage sei. Man halte die Abwägung auch für sehr schwierig. Einerseits habe man die positiven Aspekte durch die Renovierung der leerstehenden Villa und eine Nachverdichtung. Andererseits müsse jeder Wohnraum auf den Prüfstand gestellt werden, ob der tatsächlich Bedarf gedeckt werde und ob der Bedarf geschaffen werde, der gebraucht werde. Was geschaffen werden müsse sei bezahlbarer Wohnraum. Es müsse sichergestellt sein, dass nicht das Schlupfloch des Freikaufens genutzt werde. Dies müsse im Durchführungsvertrag festgehalten werden, ebenso die Öffnungszeiten. Zum Denkmalschutz habe das Regierungspräsidiums die Bedeutung des Kulturdenkmals Villa hervorgehoben, dazu gehöre auch der Park.

Oberbürgermeister Arnold äußert, dass er die Protokolle genau gelesen habe. Es sei ein Angebot für Leute, die dann wieder Wohnraum freimachen würden. Man habe momentan Bedarf.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE äußert, es sei eine andere Tendenz. Man habe momentan Bedarf, die Entwicklung sei aber das Entscheidende.

Oberbürgermeister Arnold erläutert, dass man auch künftig den Bedarf habe, man habe zu wenig Wohnraum. Der Einzige, der damals dagegen gestimmt habe, sei Stadtrat Schwab gewesen. Man habe die Hausaufgaben gemacht und wolle nun einen Knopf daran machen.

Stadträtin Rauscher/Freie Wähler Frauen äußert, dass man seit Juli 2021 an dem Projekt sei. Es sei gut, dass man mehrere Durchgänge durchlaufen habe in dem sensiblen Bereich. Die meisten Argumente seien ausgetauscht. Sie freue sich über die anspruchsvolle Wohnbebauung. Das Besondere stelle auch die denkmalgeschützte Sanierung der Salvator-Villa dar. Sie finde die PV-Anlage nicht störend, es müsse auch noch wirtschaftlich durchführbar sein.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste macht auf die Kostensteigerungen innerhalb des Planungszeitraumes aufmerksam, man müsse daher schnell handeln. Die jetzige Bebauung, die nachgebessert werde, sei stimmig. Auch die Bahnhofsnahe sei ideal. Bei der PV-Anlage sei es höchste Zeit, dass man zu einem Paradigmenwechsel komme. Es gehe nicht mehr um die Ästhetik, sondern um die Effizienz. Man müsse eine ästhetisch schonende, aber effiziente Lösung schaffen. Daher müsse das im Durchführungsvertrag sinnvoll gestaltet werden. Aufgrund der Einschätzung wolle man dem Bebauungsplan zustimmen und hoffe, dass er schnell umgesetzt werden könne.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW führt aus, dass man sich seit 2019 mit dem Vorhaben befasse. Man habe einen Investor, der investieren wolle und lasse es nicht zu. Er sehe die Gefahr, dass es nicht umgesetzt werde. Es würden ständig neue Steine in den Weg gelegt werden. Man solle aufpassen, dass man den Investor nicht verliere. Man solle nun endlich loslegen.

Stadtrat Schwab/SPD äußert, dass behauptet werde, dass gewisse Fraktionen oder Gemeinderätinnen und Gemeinderäte ihre Position verändert hätten im Vergleich zur Aufstellungsberatung. Stadtrat Miller habe damals schon die Klimaneutralität als Bedingung gesetzt, dies wolle er betonen.

Oberbürgermeister Arnold äußert, dass man aber immer zwei Seiten betrachten müsse, man werde die Klimaneutralität nie erreichen, wenn es nicht über erneuerbare Energien gehe.

Stadtrat Schwab/SPD versteht nicht, warum auf eine Photovoltaikanlage verzichtet werden solle.

Bürgermeister Mihm führt aus, dass es sich beim Park und Salvator um denkmalgeschützte Gebäude handle. Von oben betrachtet sollten die Dächer daher so aussehen, als würden sie zum Hang gehören. Unter der Villa könne man es mit PV versuchen.

Stadtrat Bläse/CDU betont, dass er eine PV-Anlage nicht ausgeschlossen habe. Es gehe darum, dass es nicht auf dem Dach sei. Man müsse mehr Aspekte einfließen lassen, auch mehr Ideen. Es gebe auch PV-Anlagen an der Fassade.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man es mitnehme und aufbereiten lasse. Die Villa könne nur mit den Häusern umgesetzt werden, dies sei unstrittig. Man müsse versuchen, mit dem Investor und den drei Häusern hinzukommen. Man brauche solche Wohnungen, weil die anderen Wohnungen aufgrund des Umzugs dann frei werden würden. Man werde es nächste Woche im Gemeinderat beschließen.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen weist darauf hin, dass seine Fragen nicht beantwortet seien.

Herr Hackner führt aus, dass es sich um eine Innenentwicklungsfläche handle, Verfahren nach § 13a seien möglich. Man habe 2 x ausgelegt, es hätte nur 1 x ausgelegt werden müssen. Auch eine artenschutzrechtliche Prüfung habe man gemacht. Auch ein Gutachten zum Lärm liege vor, die Kaltluft habe man ebenfalls untersucht.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 60
nachrichtlich an Amt:

**zu 3 Städtebauliche Sanierungsmaßnahme "Altstadtquartiere"
hier: Beschluss zur Erweiterung des Sanierungsgebiets
Vorlage: 179/2022**

Protokoll:

Herr Hackner erläutert den Sachverhalt (siehe Anlage).

Stadtrat Bläse/CDU findet den Zeitplan nicht verständlich und nicht nachvollziehbar. Was passiere, wenn man es bis dahin nicht abgeschlossen habe?

Herr Hackner antwortet, dass es ein straffer Plan sei. Man sei mit dem Eigentümer jedoch ziemlich weit. Über Fördersummen müsse der Gemeinderat entscheiden. Dann könne man die Bauanträge erarbeiten. Es gehe um Freilegungsarbeiten. Hier habe man Zeit bis Ende 2024.

Oberbürgermeister Arnold betont, dass die Städtebauförderung zum Beispiel den Abriss fördere.

Stadträtin Bijok/Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass man es begrüße. Sie erkundigt sich, warum es beim WOHA genau diese drei Gebäude seien und die übrigen in der Franziskanergasse nicht berücksichtigt seien. Zum Zeitplan äußert sie, dass man bei der Feuerwehr einen Ideenwettbewerb gefordert habe.

Oberbürgermeister Arnold betont nochmals die Städtebauförderung.

Stadtrat Zengerle/SPD signalisiert Zustimmung.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE äußert, dass Förderungen oft mit Bedingungen verbunden seien. Lege man Fesseln an, die man gar nicht wolle?

Herr Hackner antwortet, dass man es geprüft habe. Die Gebäude, die weggenommen werden könnten, seien mit berücksichtigt worden.

Stadträtin Rauscher/Freie Wähler Frauen signalisiert Zustimmung. Es seien Herzstücke, man müsse vorankommen.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste ist über den Zeitplan begeistert. Er hoffe, dass man es hinbekomme. Er erkundigt sich, warum man die Gebäude Marktplatz 2 und 4 nicht berücksichtigt habe?

Oberbürgermeister Arnold betont, dass man die Mittel, die man erhalte, konzentrieren wolle.

Stadtrat Preiß/CDU findet den Zeitplan unrealistisch. Das Baugesuch müsse fertig sein. Er erkundigt sich, ob es beim WOHA einen Investor oder Bauherren geben. Beim Feuerwehrhaus wäre es auch schön, wenn neben dem Abriss weitere Maßnahmen bezuschusst werden würden.

Herr Hackner antwortet, dass es der Eigentümer sei.

Oberbürgermeister Arnold betont, dass man es zur Wirklichkeit werden lassen wolle.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 2, 60
nachrichtlich an Amt:

**zu 4 Klösterleschule in Schwäbisch Gmünd
Vergabe von Rohbauarbeiten
Vorlage: 178/2022**

Protokoll:

Herr Caesar stellt den Sachverhalt vor (siehe Anlage).

Stadtrat Bläse/CDU bedankt sich für den Vortrag, es sei sehr gut aufbereitet. Es sei ein Schaden aufgrund des Brandes, der nicht richtig saniert worden sei. Damals sei ein Gutachten gemacht worden. Könne man hier noch etwas einfordern?

Herr Caesar antwortet, dass man nach dem Brand nicht alles von Grund auf saniert habe, eine Nachforderung sei daher nicht möglich, da es keine Schlechtleistung einer Firma sei.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE bedankt sich für die Ausschreibung. Es sei wichtig, dass man öffentlich ausgeschrieben habe.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste erkundigt sich nach Referenzen der Firma.

Herr Caesar antwortet, dass man dies entsprechend abfrage und er es gerne nachreichen könne.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

Vergabe der Rohbauarbeiten bei der Klösterleschule in Schwäbisch Gmünd mit einer Angebotssumme von 198.714,45€ an die Fa. Bennert aus Klettbach.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 65
nachrichtlich an Amt:

**zu 5 Verstetigung der Geschwindigkeitsbegrenzung im Stadtgebiet
Umsetzung des Geschwindigkeitskonzepts für die Innenstadt
Bezug Gemeinderatsdrucksache Nr. 020/2022
Vorlage: 185/2022**

Protokoll:

Herr Hägele erläutert den Sachverhalt.

Erster Bürgermeister Baron erläutert, dass die Verwaltung zuständig sei, es gehe um rechtliche und nicht um politische Dinge. Man habe den Plan in Zusammenhang mit dem Antrag zum Beitritt Städteinitiative 30 gebracht. Der Plan sei die Antwort darauf gewesen, dass man Ziffer 2 fallen gelassen habe. Dies sei die gemeinsame Schnittmenge des Gemeinderates gewesen. Man werde darüber nicht Beschluss fassen, die Meinung des Gemeinderats sei wichtig. Man solle eine Lösung finden, die schnell umgesetzt werden könne.

Oberbürgermeister Arnold betont nochmals, dass man das Tempo in der Altstadt reduzieren wolle.

Stadtrat Kaiser/CDU äußert, dass man auch für die Kfz Möglichkeiten finden müsse, wenn man für Fahrräder Besonderheiten machen müsse. Dann müsse man die Fahrräder raushalten, ansonsten brauche man keine Fahrradstraßen. Das Konzept sei daher das Bessere, dass man eine bessere Route habe, da sich die Verkehrsteilnehmer dann nicht gegenseitig stören würden. Zwischen dem Baldungs- und Glockekreisverkehr rege man Tempo 30 an. Wichtig sei, dass man eine gleichmäßige Geschwindigkeitsbegrenzung habe, um den Verkehr nicht zu blockieren. Er bittet um eine eindeutige Ausweisung.

Oberbürgermeister Arnold betont, dass der Vorschlag an der Grenze sei, bei dem das Regierungspräsidium noch mitgehe.

Stadtrat Kaiser/CDU regt an, beim Arbeitsamt einen Kreisverkehr vorzusehen, um die B29 aufzuwerten.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass dies ein anderes Thema sei.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass man sich einig in der Verstetigung sei. Bei Route 1 sei man sich einig, bei Route 2 sei man sich fast einig. Nicht einig sei man sich bei Tempo 40. Man sei der Auffassung, dass es eine Sache sei, mit der sich der Gemeinderat beschäftigen müsse. Der Gemeinderat habe sich auch mit dem Lärmaktionsplan beschäftigt. Tempo 40 bringe nicht das, was im Lärmaktionsplan stehe. Elektroautos seien nur unter 30 km/h leiser, da das Rollgeräusch trotzdem vorhanden sei. Außerdem führe es zu einer Verbesserung der Luft und den Sicherheitsaspekt müsse man auch beachten. Bei Tempo 30 habe man den halben Anhalteweg und damit eine deutlich höhere Sicherheit. Er erwähnt das Beispiel der Stadt Ulm, die flächendeckend Tempo 30 eingeführt und eine Untersuchung gemacht hätte. Er habe ein Rechtsgutachten der Deutschen Umwelthilfe gefunden. Städte sollten demnach nicht in begrenzten Bereichen, sondern in weiten Bereichen eine Geschwindigkeitsbegrenzung festlegen können. In dem Gutachten werde aufgeführt, dass man auch Tempo30-Geschwindigkeitsbegrenzungen auf Probe einführen kön-

ne. Man wolle eine Tempo30-Geschwindigkeitsbegrenzung auf Probe für 1,5 Jahren beantragen. Hier würden geringere Anforderungen bestehen wie generell Tempo 30 einzuführen.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass es sich bei dem Rechtsgutachten um ein Parteigutachten handle. Man vertrete die Rechtsauffassung des Gutachtens nicht. Die Umsetzung sei mit einem rechtlichen Risiko verbunden. Man habe auf allen Straßen keine Unfallschwerpunkte. Es gehe um die Balance zwischen der Leichtigkeit und der Sicherheit. Hier gebe es keine absolute Wahrheit, hier müsse man steuern. Man habe kein Sicherheitsproblem. Tempo 30 sei effektiver beim Lärmschutz als Tempo 40. Dies sei nicht die einzige Möglichkeit, der Straßenzustand sei effektiver, das Beste sei passiver Lärmschutz. Man habe auch verschiedene Einzelmeinungen, die der Auffassung seien, dass man noch attraktiv in die Stadt reinfahren könne.

Oberbürgermeister Arnold betont, dass man sich auf den Altstadtbereich konzentrieren solle.

Stadtrat Zengerle/SPD signalisiert Zustimmung.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE erläutert, dass man am 09.02.2022 den Lärmaktionsplan beschlossen habe, die Fraktion habe darauf hingewiesen, dass damit noch keine einzige Maßnahme beschlossen worden sei. Man habe dann den Antrag gestellt, dass man bei besonders betroffenen Straßen Tempo 30 einführen solle und man hierfür eine Genehmigung beim Regierungspräsidium beantrage. Er sei dankbar, dass der Antrag nun nicht unzulässig sei. Er hoffe, dass die Sache umgesetzt werde und sehe nicht, warum es nicht zulässig sei.

Stadträtin Rauscher/Freie Wähler Frauen äußert, dass es ihr um die Schulwegsicherung gehe. Auf diesem Abschnitt die 30 km/h-Beschränkung aufzuheben sei fatal. Zum Lärmschutz äußert sie, dass es fast 10 Jahre gedauert habe, bis der Lärmaktionsplan vorgelegt gewesen sei. Es seien nur Berechnungen und keine Verkehrszählungen. Es sei auch eine Priorisierungsliste. Sie zitiert das Protokoll der damaligen Sitzung, Oberbürgermeister Arnold habe damals gesagt, dass man mit den konkreten Themen in die Ausschüsse gehen wolle. Man habe aber nicht darüber diskutiert.

Erster Bürgermeister Baron betont nochmals, dass es um den Altstadtbereich gehe. Man könne nicht bei jeder Geschwindigkeitsbegrenzung im Gemeinderat beraten, den Lärmaktionsplan habe man ausführlich beraten.

Stadträtin Rauscher/Freie Wähler Frauen äußert, dass Tempo 40 eingezeichnet sei und man daher auch darüber diskutieren wolle. Die Schilder seien jedoch ohne Beratung bestellt worden. Sie erkundigt sich nach der rechtlichen Komponente, da es sich bei der Goethestraße um einen Schulweg handle.

Erster Bürgermeister Baron betont, dass die Schilder für den Altstadtbereich vorgesehen seien.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste weist auf die Überschrift des Planes hin, dort stehe Innenstadt und nicht Altstadt. Daher habe man sich auch die gelben Straßen angesehen. Die gelben Markierungen würden gleichzeitig nicht den aktuellen Regelungen entsprechen. Wenn man den Lärmaktionsplan ansehe, wundere man sich, dass man eine Freude an der gelben Farbe gefunden habe, dies widerspreche den

Interessen der Anwohner. Die neuen Wohnungen in den Fehrle-Gärten hätten Schallschutzfenster, es seien aber nicht die einzigen. Der Verkehr nehme zu. Er frage sich, warum Tempo 40 überall durchgesetzt werde, der Zeitunterschied sei minimal. Das Verwaltungshandeln sei nicht nachvollziehbar. Andere Möglichkeiten zur Lärmreduzierung gebe es zwar, diese seien aber nicht umsetzbar. Das Verwaltungshandeln müsse sich an den Bürgerinteressen orientieren. Es sei auch enttäuschend und wenig kreativ. Er regt an, die Ampelanlagen zu koordinieren, um eine grüne Welle zu erreichen. Die gelbe Linie sei eine feststehende Lösung, dies sei nicht akzeptabel.

Oberbürgermeister Arnold betont, dass Tempo 30 dort bleibe, wo es bereits vorhanden sei. Man müsse auf ein Miteinander der Verkehrsteilnehmer achten. Wenn die Lärmaktionsplanung komme, werde man auch neue Grundlagen haben. Wenn man die Goethestraße auf 30 reduziere, werde man keine Zustimmung des Regierungspräsidiums erhalten. Der Lärmaktionsplan sei bisher nicht genehmigt worden. Man vergebe nichts, sondern verbessere die Situation in der Altstadt.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste schlägt vor, die Strecken zu messen, wo man schneller als 30 fahren könne.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW äußert, dass sich die Verwaltung Gedanken gemacht habe. Man könne nachbessern, wichtig sei, dass man den Hauptverkehr über den Tunnel leite. Hier müsse eine entsprechende Beschilderung her. Auch die grüne Welle sei sehr wichtig.

Oberbürgermeister Arnold bedankt sich für die Ausführungen. Beim Tunnel gehe es vor allem um die eigenen Einwohner, nicht die Auswärtigen.

Stadtrat Schwab/SPD regt an, in der Uferstraße bis zur Rechbergstraße Tempo 30 zu machen, hier sei aktuell Tempo 50 vorgesehen.

Erster Bürgermeister Baron bedankt sich für den Hinweis, dies sei eine fehlerhafte Darstellung im Plan, es mache keinen Sinn, daher werde man Tempo 30 einzeichnen.

Stadtrat Schwab/SPD erkundigt sich, ob das Geschwindigkeitskonzept mit den verschiedenen Ämtern hinsichtlich Radfahrerwegen und künftigen Mobilitätsplänen abgestimmt sei.

Oberbürgermeister Arnold bestätigt dies, man müsse jedoch abwägen und solle es nun einfach mal versuchen.

Stadträtin Rauscher/Freie Wähler Frauen macht darauf aufmerksam, dass die Beschilderung „Zentrum“ bei der Tunnelausfahrt sehr klein sei, darauf habe sie bereits vor Jahren hingewiesen und es sei argumentiert worden, dass ein neues Schild sehr teuer sei.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man das Schild entfernen werde.

Stadtrat Bläse/CDU zeigt sich über die Diskussion überrascht und verärgert. Man habe lange diskutiert und einen Kompromiss erarbeitet. Der Kompromiss sei gangbar, bei anderen Dinge mache man auch Kompromisse. Er habe es so verstanden, dass es heute nur um kleine Details gehe. Er sei daher von dem Änderungsantrag sehr überrascht gewesen. Es sei ein Kompromiss gewesen, er sehe es nicht so, dass alle Menschen dahinterstehen würden. Er würde daher gerne über den Antrag abstimmen.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass der Tagesordnungspunkt zur Information sei, man werde nicht hinter den vom Regierungspräsidium genehmigten Maßnahmen zurückgehen. Man gehe das Altstadtquartier an, die andere Dinge seien verbunden mit dem Lärmaktionsplan. Die Verwaltung werde es in diesem Sinne umsetzen.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 30
nachrichtlich an Amt:

zu 6 Ausblick auf künftige Vorhaben

zu 6.1 Becherlehenhof

Protokoll:

Herr Hackner erläutert den Sachverhalt.

Oberbürgermeister Arnold erläutert, dass die Eigentümer auf ihn zugegangen seien. Es sei nun die Zeit, dass man es reformiere. Man habe einen hohen Bedarf an Kindergartenplätzen im Norden, man mache den Radweg und habe den großen Parkplatz. Außerdem bräuchte man mehr Angebote im touristischen Bereich, daher seien Wohnmobilstellplätze vorgesehen.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 2, 60
nachrichtlich an Amt:

zu 7 Bekanntgaben

zu 7.1 Umbenennung des Bau- und Umweltausschusses

Protokoll:

Oberbürgermeister Arnold betont, dass man den Themen im Ausschuss mehr Raum geben und sich dies auch in der Vorbereitung stärker widerspiegeln solle, die Vorlagen würden künftig weiter ausgearbeitet werden. Auch die Stadtwerke müsse man stärker mit einbeziehen. Daher wolle man einen Klima-, Energie- und Bauausschuss gründen.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE würde es gut finden, wenn man es im davon betroffenen Bau- und Umweltausschuss beraten und eine Stellungnahme abgeben könne.

Stadträtin Rauscher/Freie Wähler Frauen äußert, dass laut der versendeten Tagesordnung eine Änderung der Hauptsatzung angestrebt werde, sie vermutet daher, dass mehr angestrebt werden würde.

Oberbürgermeister Arnold schlägt die Verschiebung des Tagesordnungspunktes vom 26.10.2022 auf den 23.11.2022 vor. Man wolle es gemeinsam auf den Weg bringen. Inhaltlich wolle man den Energiethemen und den Klimathemen, z.B. auch der Klimaanpassung mehr Raum geben.

Stadtrat Bläse/CDU äußert, dass man sich einig sei, dass man die Themen Klima und Energie verstärken müsse. Der Name sei egal, inhaltlich müsse man festlegen, was der Ausschuss behandeln werde. Man müsse nur aufpassen, dass man den Bau- und Umweltausschuss nicht überlaste. Es sei nicht im Verhältnis zu anderen Ausschüssen. Es werde grenzwertig. Vielleicht könne auch man auch eine kleinere Gruppe gründen. Man müsse in die Umsetzung kommen, müsse es aber nicht am 26.10.2022 beschließen.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen findet es wichtig, dass man sich einig sei. Wie der Ausschuss heiße, sei zweitrangig. Er habe auch die Sorge, dass man den Bau- und Umweltausschuss überfrachte, da dann auch mehr Sitzungen notwendig seien.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man noch 1,5 Jahre bis zur nächsten Kommunalwahl habe. Man nehme es in eine bestehende Struktur und wolle den Gemeinderat nicht neu erfinden. Jetzt ein neues Gremium zu schaffen sei schwierig, es wären auch weitere Sitzungen, auch für die Verwaltung.

Stadtrat Schwab/SPD bedankt sich, dass der Antrag der SPD-Fraktion nun doch angenommen worden sei. Weiterhin bedankt er sich auch für die Anregung des Stadtrates Bläse sowie weiterer Kollegen in den vergangenen Sitzungen. Die Idee des Klimaausschusses sei entstanden, weil man im Bau- und Umweltausschuss gemerkt habe, dass die Themen Klimaschutz, Klimaanpassung, Energie usw. unter den Tisch fallen würden. Er sei offen dafür, die Struktur beizubehalten, den Ausschuss umzubenennen und die Zuständigkeiten zu erweitern, aber es sei nicht mit Fraktion abgestimmt. Es würde aber im Bau- und Umweltausschuss zu mehr Sitzungen kommen.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste findet eine Erweiterung des Zuständigkeitsbereichs des Bau- und Umweltausschusses sinnvoll. Zwei Ausschüsse seien nicht sinnvoll, die Arbeitsbelastung für kleine Fraktionen sei sehr schwierig. Ein anderer Ge-

sichtspunkt sei die Mehrbelastung für die Verwaltung. Wenn die Vorlagen umfangreicher werden würden, müssten sie frühzeitig den einzelnen Gemeinderatsmitgliedern zukommen.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass es nicht nur ein quantitativer Aspekt sei, sondern es auch um die Sichtweise auf die Themen gehe. Man brauche die Beweglichkeit und brauche sie von verschiedenen Blickwinkeln, er befürwortet daher die Erweiterung des bisherigen Ausschusses.

Stadtrat Preiß/CDU äußert, dass man sich einig sei, dass die Themen richtigerweise im Bau- und Umweltausschuss angesiedelt seien. Es stoße jedoch langsam an Grenzen. Daher solle man überlegen, ob es Themen im Bau- und Umweltausschuss gebe, die dort nicht behandelt werden müssten.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE findet es wichtig, das Thema vorzubereiten. Ein Aspekt sei auch, dass manche Personen nur mit einer Person im Ausschuss vertreten seien.

Oberbürgermeister Arnold schlägt eine Vorberatung in den Fraktionen vor, man wolle den Beschluss am 23.11.2022 im Gemeinderat fassen.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 10
nachrichtlich an Amt: 11

zu 8 Anfragen

zu 8.1 Autonomes Fahren

Protokoll:

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste weist auf einen Presseartikel zu einem Pilotprojekt für autonomes Fahren hin. Die Beschreibung passe perfekt auf die Stadt Schwäbisch Gmünd, er erkundigt sich daher, ob sich die Stadt darum bemühen wolle.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man es prüfen werde.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 10.4, 11
nachrichtlich an Amt:

zu 8.2 Beschilderung**Protokoll:**

Stadtrat Kaiser/CDU macht auf die Ausschilderung zum Zentrum aufmerksam. Im Baldungskreisel werde auf die Zufahrt über die Schmiedgasse hingewiesen, die Zufahrt solle aber über die Rosenstraße und Bürgerstraße erfolgen.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man dies ändern werde.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 30
nachrichtlich an Amt:

Für die Richtigkeit!

Den
Oberbürgermeister:

Den
Stadtrat:

Den
Schriftführer:

Den
Stadtrat: